

A. GESCHÄFTSVERTEILUNG

Disziplinarsenat

Der Disziplinarsenat ist kraft Gesetzes für das förmliche Disziplinarverfahren gegen ein Mitglied der oberen Bundesgerichte oder gegen ein nach § 121 Abs. 1 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung unabhängiges Mitglied des Bundesrechnungshofes zuständig (§ 110 der Bundesdisziplinarordnung).

Senat für Anwaltssachen

Der Senat für Anwaltssachen ist kraft Gesetzes (§ 106 BRAnwO) für alle Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesrechtsanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 109 BRAnwO.

Kartellsenat

Der Kartellsenat entscheidet kraft Gesetzes über die in § 95 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführten Rechtsmittel.

Strafsenate

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, Koblenz, München, Neustadt a.d.W., Nürnberg und Stuttgart,
- 2) die Revisionen in Militärstrafsachen (zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes vom 30. März 1957, BGBl I 298).

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Düsseldorf (ohne das Landgericht Kleve), Frankfurt am Main, Köln und Saarbrücken,
- 2) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 Zuständigkeitsergänzungsg v. 7. August 1952, BGBl III 310-1, und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

- 1 a) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 134 GVG bezeichnet sind,
- b) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen, die die in Berlin begangenen, in § 134 GVG bezeichneten Straftaten betreffen,
- 2 a) die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen derjenigen Strafkammern aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 74 a GVG bezeichnet sind, soweit nicht der 5. Strafsenat zuständig ist (dort Nr. 3),
- b) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammer des Bezirkes des Kammergerichts in Berlin-Charlottenburg mit Ausnahme derjenigen Entscheidungen, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a; Bln. Ges. zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14. Juni 1951, VOBl 417) betreffen,
- 3 a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit es sich um die durch §§ 74 a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugendschöffengerichte handelt,
- b) die Entscheidungen nach § 153 c StPO.

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke des Oberlandesgerichts Hamm sowie des Landgerichts Kleve aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf,
- 2) alle Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschliesslich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn),
- 3) alle Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929, BGBl III 314-1.

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts in Berlin-Charlottenburg und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig,
- 2) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammer des Bezirkes des Kammergerichts in Berlin-Charlottenburg, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a; Bln. Ges. zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14. Juni 1951, VOBl 417) betreffen,

- 3) die Revisionen in Strafsachen gegen Entscheidungen der Gerichte in der Bundesrepublik, wenn es sich um die Anwendung des Berliner Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, VOBl 417, handelt,
- 4) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG (BGBl 1960 I 17, 38, 39) über die Rechtmässigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Massnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder von den Vollzugsbehörden im Vollzug der Freiheitsstrafen, der Massregeln der Sicherung und Besserung, des Jugendarrestes und der Untersuchungshaft getroffen sind.

Z i v i l s e n a t e

Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, insbesondere über

- a) Urheberrecht und Verlagsrecht,
- b) Musterschutz und Patentrecht nebst Verträgen hierüber, ferner über Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlass seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsg v. 28. September 1933, BGBl III 424-5-1) einschliesslich von Schadenersatzansprüchen,
- c) Verträge über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder die ausschliessliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse,
- d) Warenzeichen und Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
- e) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechslungsfähigkeit im geschäftlichen Verkehr handelt.

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) alle Seesachen (HGB §§ 474 ff) nebst SeemannsO v. 2. Juni 1902, RGBl 175, SeemannsG v. 26. Juli 1957, BGBl II 713, und StrandungsO v. 17. Mai 1874, RGBl 73, § 44,

alle Streitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flösserei (einschliesslich von Zusammenstössen von Schiffen mit Nichtschiffen),

nebst Streitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschliesslich von Rückversicherungen) wegen Wasser- (See- oder Fluss-) Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport,

alle Streitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, RGBl I 1499, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken und über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke, sowie

alle Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff),

- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften,

- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
 - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschliesslich der Fälle des § 771 ZPO), Niessbrauch und Pfandrecht (einschliesslich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie aus Rechtsgeschäften hierüber,
 - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere,
 - d) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),
 - e) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 385 - 406),
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705-740) und Gemeinschaften (BGB §§ 741-758),
 - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluss der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandmitgliedern oder Geschäftsführern,
 - c) Firmenrecht (HGB §§ 17 - 37), soweit nicht I e zutrifft,
 - d) Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d),
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen,
- 6) die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse,
- 7) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befasst sind (wie z. B. Bausparkasse, Teilzahlungskreditinstitute und ähnliche),
- 8) die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG sowie des § 14 Nr. 3 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900, RGBl 213,
 - a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt,
 - b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt,
- 9) die Entscheidungen nach
 - a) §§ 9, 14, 28, 31 der 1. DV-AktG vom 29. September 1937, RGBl I 1026,
 - b) § 55 der 1. DV-DividendenabgabeVO vom 18. August 1941, RGBl I 493.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) die Ansprüche von Beamten, Richtern und Soldaten sowie ihrer Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses,
 - b) Schadenersatzansprüche
 - aa) von Körperschaften des öffentlichen Rechtes gegen ihre Beamten, Richter und Soldaten auf Grund des Dienstverhältnisses,
 - bb) gegen Beamte aus § 839 BGB, sofern nicht V 2 i zutrifft,
 - cc) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechtes auf Grund des Art. 131 WRV und des Art. 34 GG,
 - dd) gegen Rechtsanwälte und Notare,
 - ee) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechtes aus der Verletzung der Strassenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Strassen,
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche auf Entschädigung wegen
 - aa) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freispruchs im Wiederaufnahmeverfahren,
 - bb) Enteignung (oder enteignungsgleichen Eingriffs) einschliesslich der Ansprüche auf Entschädigung nach dem Preussischen Fluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875, GS 561, und den Schutzbereichsgesetzen vom 24. Januar 1935, RGBl I 499, und vom 7. Dezember 1956, BGBI I 899,
 - cc) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Massnahmen enteignungsähnlicher Art,
 - b) vermögensrechtliche Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl und aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung sowie Schadenersatzansprüche aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten (§ 40 Abs. 2 S. 1 VwGO),
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über Steuern und Stempel auf Grund von Reichs-, Bundes- und Landesgesetzen,
- 4) die Entscheidungen über Revisionen in Angelegenheiten des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953, BGBI I 720, und des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960, BGBI III 213-1,
- 5) die Entscheidungen nach § 109 BRAnwO,
- 6) die Bestimmung des zuständigen Gerichtes nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO,
- 7) die Entscheidungen nach § 159 Abs. 1 GVG in Zivilsachen nebst § 2 FGG und § 18 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900, RGBl 213,

- 8) die Entscheidungen, die erforderlich werden, bavor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen lässt,
- 9) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht Illeu zutrifft, einschliesslich von Adel, Entmündigungen (BGB § 6), Todeserklärungen,
 - b) Familienrecht,
 - c) die erbrechtlichen Wirkungen der Zugewinnngemeinschaft (§ 1371 nF BGB),
- 2) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden aus dem Jugendwohlfahrtsgesetz, für welche das Reichsgericht zuständig war (JWG § 18; EGJWG v. 9. Juli 1922, RGBl I 647, Art. 9),
- 3) die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG sowie des § 14 Nr. 3 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900, RGBl 213, sofern es sich um Personenrechts- und Familienrechts-sachen handelt,
- 4) die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs. 3 ZPO,
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rück-erstattungssachen zusammenhängen,
- 6) die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz),
- 7) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäss § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG (BGBl 1960 I 17, 38, 39) über die Rechtmässigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Massnahmen, die von der Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einschliesslich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen sind.

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen einschliesslich der Entscheidungen nach dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 21. Juli 1953, BGBl III 317-1,
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschliesslich Vorkaufs und Wiederkaufs),

- b) Landpachtverträge (§ 1 LandpachtG v. 25. Juni 1952, BGBl I 343),
 - c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluss von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912 - 916, 919 - 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903 - 910, GewO § 26),
 - f) Erbrecht (soweit nicht IV 1 c zutrifft) einschliesslich von Erbschaftskäufen,
 - g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluss von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (§ 81 ZVG),
 - h) Bergrechtssachen (EGBGB Art. 67) einschliesslich der Abbaurechtssachen (EGBGB Art. 68) sowie Wasserrechtssachen (EGBGB Art. 65) einschliesslich der Deich- und Siedrechtssachen (EGBGB Art. 66),
 - i) Schadenersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschliesslich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
 - k) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber,
 - l) Wildschadenersatz,
 - m) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art. 132, 133),
 - n) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art. 59),
 - o) Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht II 1 zutrifft, sowie Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Niessbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff),
- 3) die Entscheidungen in den Fällen
- a) des § 28 FGG, sofern es sich um Nachlasssachen handelt,
 - b) des § 79 GBO,
 - c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiss- und Stiftungsrechtes vom 28. Dezember 1950, BGBl 820.

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit sie nicht dem III. Zivilsenat (III 1 b) oder dem V. Zivilsenat (V 2 e, i-1) zugewiesen sind, sowie Schadenersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind,

- b) Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Strassenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der Frachtverträge über Güter (II 2),
- c) Schadenersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z. B. ZPO § 302 Abs. 4, §§ 717, 945), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind.

Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Dienstverhältnisse mit Ausnahme derjenigen, die unter I b, II 4 b oder VI a fallen,
 - b) Werkverträge mit Ausnahme derjenigen, die unter VI a fallen,
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677 ff), soweit nicht II 7 zutrifft,
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht II 1, II 3 e, III 2 b oder V 2 a zutrifft,
 - b) Darlehen (BGB § 607) oder abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780-808), soweit nicht II 3 c und d zutrifft,
 - c) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff); jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit massgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet,
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird,
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff, § 274 Abs. 2 Nr. 3),
- 6) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschliesslich der Handelsmakler (HGB § 93 ff) sowie der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff),
 - b) Ansprüche aus § 354 HGB,
- 7) die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG sowie des § 14 Nr. 3 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900, RGBI 213, sofern nicht II 9, IV 3 und V 1 a zutrifft.

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht II 1, II 3 a, V 2 d oder V 2 g zutrifft,
 - b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht II 1 oder V 2 b zutrifft,
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809 - 811), soweit nicht II 1 oder II 3 b zutrifft,
 - b) Ansprüche aus Niessbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschliesslich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht II 1, II 3 b oder V 2 d zutrifft,
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschliesslich der Klagen auf Erlass des Vollstreckungsurteils und mit Einschluss von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluss der §§ 767 - 769 ZPO),
 - b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 88, ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht III 1 b zutrifft,
 - c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger im Konkurs und ausserhalb des Konkurses (KO §§ 29-42, 196; AnfechtungsG), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird,
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche, sofern es nicht mit Rücksicht auf das anzuwendende Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird.

Schlussbestimmungen

- I. Erachtet ein Senat vor mündlicher Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, dass sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmässig erscheint. Der Abgabebeschluss ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend. Nach Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung ist eine Abgabe ausgeschlossen.
- II. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmässig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- III. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozess, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen. Die Übergangsregelung zum 1. Oktober 1956 bleibt unberührt *).
- IV. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. März 1952, BGBl I 198, ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
- V. Rechtsbeschwerden nach § 56 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952, BGBl I 177, sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.
- VI. Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist. Die Übergangsregelung zum 1. Oktober 1956 bleibt unberührt *).

*) Beschlüsse des Präsidiums vom 20. September 1956 Nr. IX c und vom 14. Dezember 1956 Nr. II A 9:

"Sachen, in denen ein Senat vor dem 1. Oktober 1956 eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen (Nr. III, VI der Schlussbestimmungen) gehören vor den nach der neuen Geschäftsverteilung zuständigen Senat. Dasselbe gilt für die Sachen, die bei den bisher zuständigen Senaten verblieben sind, weil sie bereits im Oktober 1956 terminiert waren und die wieder an den Bundesgerichtshof gelangen. Von diesen Sachen abgesehen ergibt sich die Zuständigkeit für Sachen, in denen ein Senat nach dem 30. September 1956 eine Entscheidung erlässt und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, aus Nr. III und VI der Schlussbestimmungen."

B. BESETZUNG DER SENATE

=====

(Stand vom 1. Januar 1961)

Senat für Anwaltsachen

| | | |
|--|--|---|
| Vorsitzender (kraft Gesetzes): | Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Heusinger | 1 |
| Stellvertretender Vorsitzender: | Senatspräsident Glanzmann (VII. ZS) | a |
| Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes: | Bundesrichter Dr. Spengler (außerdem I. ZS) | 2 |
| | Bundesrichter Dr. Vogt (außerdem VII. ZS) | 3 |
| | Bundesrichter Kirchhof (außerdem 2. StS) | - |
| | Bundesrichter Börtzler (außerdem 4. StS) | - |
| Vortreter: | Bundesrichter Dr. Kleinewefers (in erster Linie VI. ZS) | a |
| | Bundesrichter Hill (in erster Linie KS sowie - bis zum 28. Februar 1961 - II. ZS) | a |

Kartellsenat

| | | |
|-----------------------------------|---|---|
| Präsident des Bundesgerichtshofes | Dr. Heusinger | 1 |
| Bundesrichter | Dr. Augustin (stellv. Vorsitzender; außerdem V. ZS) | 2 |
| Bundesrichter | Dr. Fischer, Robert (in erster Linie II. ZS) | a |
| Bundesrichter | Dr. Hübner (außerdem 1. StS) | |
| Bundesrichter | Dr. Löscher (außerdem I. ZS) | 3 |
| Bundesrichter | Jungbluth (außerdem I. ZS) | 4 |
| Bundesrichter | Hill (außerdem - bis zum 28. Februar 1961 - II. ZS sowie Anwaltssenat) | 5 |
| Bundesrichter | Offterdinger (außerdem V. ZS) | 6 |

Z i v i l s e n a t e

I. Zivilsenat

Senatspräsident

Professor Dr. Wilde

Bundesrichter
Bundesrichterin
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Dr. Bock (stellv. Vorsitzender)
Dr. Krüger-Nieland
Dr. Weiß
Dr. Spreng
Dr. Löscher (in erster Linie KS) 1
Jungbluth (in erster Linie KS) 2
Pehle
Dr. Spengler (in erster Linie Anwaltssenat)
Ebel. H 1

II. Zivilsenat

Senatspräsident

Dr. Nastelski

Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Dr. Haidinger (stellv. Vorsitzender)
Dr. Fischer, Robert (außerdem KS)
Dr. Kuhn 5
Dr. Nörr 8
Dr. Haager
Liesecke
Dr. Reinicke
Hill (bis zum 28. Februar 1961; in erster Linie
KS; außerdem Anwaltssenat) -

III. Zivilsenat

Senatspräsident

Professor Dr. Geiger

Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Dr. Kreft (stellv. Vorsitzender)
Arndt
Dr. Beyer 7
Dr. Hußla
Gähtgens
Kessler

IV. Zivilsenat

Senatspräsident

Ascher

Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Raske (stellv. Vorsitzender)
Johannsen
Wüstenberg
Maaß 8
Wilden
Dr. Loewenheim
Dr. Graf (außerdem - bis zum 28. Februar 1961 -
VI. ZS)

V. Zivilsenat

Senatspräsident

Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Dr. Tasche

Dr. Hückinghaus (stellv. Vorsitzender)

Dr. Augustin (in erster Linie KS)

Schuster

Dr. Piepenbrock

Dr. Rothe

Dr. Freitag

Dr. Mattern

Offterdingor (in erster Linie KS)

VI. Zivilsenat

Senatspräsident

Bundesrichter

Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Dr. Engels

Dr. Kleinowefers (stellv. Vorsitzender; außerdem
Anwaltssenat) a A 2)

Dr. Meyer, Karl

Hanebeck

Dr. Bode

Dr. Hauss

Meyer, Heinrich

— Dr. Graf (bis zum 28. Februar 1961; bis dahin
in erster Linie IV. ZS)

VII. Zivilsenat

Senatspräsident

Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Glanzmann

Dr. Winkelmann (stellv. Vorsitzender)

Rietschel

Dr. Heimann-Trosien

Erbel

Meyer, Hubert

Dr. Vogt (in erster Linie Anwaltssenat)

Dr. Finke

VIII. Zivilsenat

Senatspräsident

Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Dr. Pagendarm

Dr. Gelhaar (stellv. Vorsitzender)

Artl

Dr. Spieler

Dr. Dorschel

Dr. Mezger

Dr. Messner

S t r a f s e n a t

1. Strafsenat

Senatspräsident

Dr. Goier

Bundesrichter

Dr. Peetz (stellv. Vorsitzender)

Bundesrichter

Werner

Bundesrichter

Dr. Soibert

Bundesrichter

Dr. Willms

Bundesrichter

Dr. Hübner (in erster Linie KS)

Bundesrichter

Fischer, Friedrich

2. Strafsenat

Senatspräsident

Dr. Baldus

Bundesrichter

Professor Dr. Busch (stellv. Vorsitzender)

Bundesrichter

Dr. Dotterweich

Bundesrichter

Scharpenseel (außerdem 3. StS)

Bundesrichter

Dr. Schalscha

Bundesrichter

Dr. Monges

Bundesrichter

Kirchhof (in erster Linie Anwaltsenat)

3. Strafsenat

Senatspräsident

Dr. Jagusch

Bundesrichter

Weber (stellv. Vorsitzender)

Bundesrichter

Scharpenseel (in erster Linie 2. StS)

Bundesrichter

Dr. Mannzen

Bundesrichter

Dr. Wiefels

Bundesrichter

Dr. Hengsberger

Bundesrichter

Wirtzfeld

Bundesrichter

Dr. Faller

4. Strafsenat

Senatspräsident

Bundesrichterin

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Dr. Rotberg

Krumme (stellv. Vorsitzende)

Dr. Sauer

Martin

Professor Dr. Lang-Hinrichson

Dr. Flitner

Börtzler (in erster Linie Anwaltssenat)

5. (Berliner) Strafsenat

Senatspräsident

Bundesrichterin

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Sarstedt

Dr. Koffka (stellv. Vorsitzende)

Schmidt, Adolf

Siemer

Schmitt, Rudolf

Dr. Börker

G r o s s e S e n a t e 1961 - 1962

Zivilsachen

Mitglieder

Senatspräsident Dr. Pagendarm
(VIII. ZS)

Bundesrichter Johannsen
(IV. ZS)

Bundesrichter Dr. Fischer, Robert
(II. ZS)

Bundesrichter Schuster
(V. ZS)

Bundesrichterin Dr. Krüger-Nieland
(I. ZS)

Bundesrichter Dr. Heimann-Trosien
(VII. ZS)

Bundesrichter Dr. Kreft
(III. ZS)

Bundesrichter Dr. Hauss
(VI. ZS)

Vortreter

Bundesrichter Artl
(VIII. ZS)

Senatspräsident Aschor
(IV. ZS)

Bundesrichter Dr. Haidinger
(II. ZS)

Bundesrichter Dr. Augustin
(KS)

Senatspräsident Dr. Nastelski
(II. ZS)

Bundesrichter Rietschel
(VII. ZS)

Senatspräsident Professor Dr. Geiger
(III. ZS)

Bundesrichter Hanebeck
(VI. ZS)

Strafsachen

Mitglieder

Senatspräsident Dr. Geier
(1. StS)

Senatspräsident Dr. Baldus
(2. StS)

Senatspräsident Sarstedt
(5. StS)

Senatspräsident Dr. Jagusch
(3. StS)

Bundesrichter Martin
(4. StS)

Bundesrichter Schmitt, Rudolf
(5. StS)

Bundesrichter Weber
(3. StS)

Bundesrichter Professor
Dr. Lang-Hinrichsen
(4. StS)

Vertreter

Senatspräsident Dr. Rotberg
(4. StS)

Bundesrichter Scharpenseel
(2. StS)

Bundesrichterin Dr. Koffka
(5. StS)

Bundesrichter Dr. Hengsberger
(3. StS)

Bundesrichter Hübner
(KS)

Bundesrichter Dr. Dotterweich
(2. StS)

Bundesrichter Dr. Dotterweich
(2. StS)

Bundesrichter Dr. Willms
(1. StS)

C. V E R T R E T U N G

=====

und Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

I. Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von mehreren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung des Senates vor, dem der Richter in erster Linie zugeteilt ist. Die Anforderung der Grossen Senate und des Disziplinarsenates geht allen anderen Anforderungen vor.

II. a) Vertretung in den Strafsenaten

- 1) Die Mitglieder des 1. Strafsenates werden durch die des 2. Strafsenates, die Mitglieder des 2. durch die des 4. Strafsenates, die Mitglieder des 4. durch die des 1. Strafsenates vertreten.
- 2) Zur Vertretung der Mitglieder des 3. Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.
- 3) Sind in einer Revisions-Strafsache, die zur Zuständigkeit des 3. Strafsenates gehört, sovielen Mitglieder des Senates gemäss § 22 Nr. 1 StPO von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, dass der Senat ohne Zuziehung von Vertretern nicht mehr ordnungsgemäss besetzt ist, so ist an seiner Stelle der 2. Strafsenat zuständig.
- 4) Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.

b) Vertretung in den Zivilsenaten

- 1) Die Mitglieder des Kartellsenates werden von den Mitgliedern des I. Zivilsenates, die Mitglieder des I. Zivilsenates von denen des II. Zivilsenates, die Mitglieder des II. Zivilsenates von denen des Kartellsenates vertreten. Es vertreten sich gegenseitig jeweils die Richter des III. und VI. Zivilsenates, des IV. und V. Zivilsenates und des VII. und VIII. Zivilsenates.
- 2) In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus alle anderen Senate in ihrer nummernmässigen Reihenfolge, beginnend mit dem der Nummer nach folgenden Senat, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

c) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder

Soweit ein Senat gemäss der vorstehenden Vertretungsregelung einen Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Bundesrichter in der Reihenfolge von niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter folgende Bundesrichter für ihn ein.

- d) Ist ein Mitglied der Grossen Senate des Bundesgerichtshofes und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden Geschäfte innerhalb des Grossen Senates wahrzunehmen, so tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters derjenige Vertreter im Grossen Senat für Zivilsachen oder Strafsachen, der jeweils in der allgemeinen Reihenfolge der Vertreter auf den verhinderten Vertreter folgt.

Entsprechendes gilt für die Vertretung der Beisitzer im Senat für Anwaltssachen.

A N H A N G

=====

zum Geschäftsverteilungsplan

A. Sitzungstage und Sitzungssäle

| | | | |
|------------------|---------------|--|--------------------|
| Anwaltssenat | Sitzungstag: | Montag | Sitzungssaal H 223 |
| Kartellsenat | Sitzungstag: | Donnerstag | Sitzungssaal H 223 |
| I. Zivilsenat | Sitzungstage: | Dienstag, Freitag | Sitzungssaal H 223 |
| II. Zivilsenat | | Montag, Donnerstag | H 122 |
| III. Zivilsenat | | Montag, Donnerstag | B 411 |
| IV. Zivilsenat | | Mittwoch, Freitag | H 123 |
| V. Zivilsenat | | Dienstag, Mittwoch, Freitag | H 222 |
| VI. Zivilsenat | | Dienstag, Freitag | B 512 |
| VII. Zivilsenat | | Montag, Donnerstag | B 512 |
| VIII. Zivilsenat | | Montag | H 123 |
| | | Mittwoch | B 512 |
| 1. Strafsenat | Sitzungstage: | Dienstag | Sitzungssaal B 411 |
| | | Donnerstag | H 123 |
| 2. Strafsenat | | Montag | H 222 |
| | | Mittwoch | H 122 |
| 3. Strafsenat | | Mittwoch (Revisions- verhandlungen) | B 411 |
| 4. Strafsenat | | Mittwoch | H 223 |
| | | Freitag | B 411 |
| 5. Strafsenat | | Dienstag, Freitag | Berlin |

B. Geschäftsordnung

(Auszug)

§ 1

Senate

- (1)
(2)
(3) Jedes Mitglied des Bundesgerichtshofes muss einem Senat als ständiges Mitglied angehören. Jeder Senat muss einschliesslich des Vorsitzenden aus mindestens fünf ständigen Mitgliedern bestehen.

§ 2

Plenum

Vor das Plenum gehören die Beratung und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Bundesgerichtshofes und ihre Änderung und Ergänzung (§ 140 GVG) sowie über diejenigen den Geschäftsgang betreffenden Angelegenheiten, die der Präsident vor das Plenum verweist.

§ 3

P r ä s i d i u m

Das Präsidium beschliesst in den ihm durch das Gesetz oder durch die - se Geschäftsordnung zugewiesenen Angelegenheiten. Es entscheidet ausserdem im Zweifelsfall, vor welchen Senat eine Sache gehört.

§ 4

P r ä s i d e n t

- (1) Dem Präsidenten liegen neben den Geschäften, die ihm als Vorsitzenden des Plenums, des Präsidiums, der Grossen Senate, der Vereinigten Grossen Senate und eines einzelnen Senates zukommen, die Leitung und die Beaufsichtigung des ganzen Geschäftsganges ob.
- (2) Der Präsident verteilt die Geschäftsräume und die für die regelmässigen Sitzungen bestimmten Wochentage auf die Senate.
- (3) Der Präsident regelt die Verteilung der Geschäfte unter die nicht-richterlichen Beamten des Gerichts. Er ist im Sinne der beamtenrechtlichen Vorschriften Vorgesetzter und Dienstvorgesetzter der nicht richterlichen Angehörigen und Dienstvorgesetzter der richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes. Bei disziplinären Massnahmen gegen die richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes soll er das Präsidium hören; handelt es sich jedoch um blosse Vorermittlungen, so kann er, auf Antrag des Betroffenen soll er das Präsidium hören.
- (4) Soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder solche Vorschriften gelten, die der Bundesminister der Justiz auf Grund von Gesetzen erlassen hat, erlässt der Präsident die Bestimmungen über die zu führenden Geschäftsbücher, Register und Listen.
- (5) Dem Präsidenten steht die Verfügung in allen Verwaltungsangelegenheiten zu, vor allem in denjenigen, die das Haushaltswesen, die Geschäftsräume, die Vervollständigung der Bibliothek und sonstige Anschaffungen betreffen.

§ 5

V e r t r e t u n g d e s P r ä s i d e n t e n

In den Angelegenheiten, für die eine Vertretung des Präsidenten nicht durch das Gesetz geordnet ist, vertritt ihn der dienstälteste Senatspräsident.

§ 6

G u t a c h t e n

Hat der Bundesgerichtshof Gutachten, insbesondere über Gesetzgebungsfragen, zu erstatten, so bestimmt das Präsidium des Bundesgerichtshofes, welche Stelle innerhalb des Bundesgerichtshofes die gutachtliche Äusserung abzugeben hat. Es kann dazu bestimmen entweder den einzelnen oder die mehreren Senate, zu deren Zuständigkeit die Gutachterfrage gehört, oder den betreffenden Grossen Senat oder eine von ihm aus den Mitgliedern des Bundesgerichtshofes zu bildende Gutachterkommission oder in Ausnahmefällen die Vereinigten Grossen Senate oder das Plenum.

§ 7

S i t z u n g e n

(1) Die Sitzungen der Senate finden wöchentlich an den ein für allemal bestimmten Tagen statt, unter Vorbehalt ausserordentlicher Sitzungen, die durch die Umstände nötig werden.

(2) Die ausserordentlichen Sitzungen der Senate sowie die Sitzungen des Plenums, der Grossen Senate und der Vereinigten Grossen Senate werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis einberufen.

(3) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen finden Sitzungen nur in Notfällen statt.

§ 8

B e r i c h t e r s t a t t e r

(1) Bei der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen ernannt der Vorsitzende des Senats einen Berichterstatter, und zwar in der Regel, nachdem er Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt hat. Der Berichterstatter stellt spätestens eine Woche vor dem Verhandlungstermin dem Vorsitzenden eine schriftliche Bearbeitung der Sache mit den Akten zu. Dem Vorsitzenden steht es frei, vor dem Verhandlungstermin eine weitere vorbereitende Bearbeitung der Sache durch einen zweiten Berichterstatter anzuordnen oder die Akten bei den Senatsmitgliedern mit dem Ersuchen umlaufen zu lassen, zu einzelnen bestimmt bezeichneten Rechtsfragen schriftlich Stellung zu nehmen.

(2) Wird die Revision durch Beschluss erledigt, so genügt ein mündlicher Vortrag des Berichterstatters.

(3) Die Vorschriften des Abs. I sind sinngemäss anzuwenden

1. Bei Berufungen in Patentsachen,
2. bei Beschwerden, die gemäss § 28 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder gemäss § 79 der Grundbuchordnung dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden,
3. bei Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen, sofern es sich nicht um unzulässige Rechtsbeschwerden handelt,
4. bei anderen Beschwerden und Entscheidungen, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird; geht der Entscheidung eine mündliche Verhandlung nicht voraus, so wird auf mündlichen Vortrag des vom Senatsvorsitzenden zu bestellenden Berichterstatters entschieden, jedoch ist eine vorbereitende Bearbeitung nicht ausgeschlossen.

§ 9

G r o s s e S e n a t e

(1) In den Fällen der §§ 136, 137 GVG hat der Senat, der die Entscheidung eines Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate einholen will, die zu entscheidenden Rechtsfragen in einem Beschluss festzustellen und mit diesem Beschluß auch die Akten der Rechtssache dem Vorsitzenden des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate zuzustellen. Im Falle des § 136 GVG hat jedoch der Senat, der von der Entscheidung eines anderen Senates abweichen will, zunächst bei diesem anzufragen, ob er der Abweichung zustimmt; wenn der andere Senat zustimmt, so bedarf es keiner Entscheidung des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senat.

(2) Der Vorsitzende des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate leitet den Beschluss und die Akten dem Oberbundesanwalt, wenn dieser zu hören ist, zur schriftlichen Stellung seiner Anträge vor der Berichterstattung zu.

(3) Es werden zwei Berichterstatter ernannt, von denen der eine dem Senat angehören muss, der die Entscheidung des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate einholt. Handelt es sich um eine Entscheidung der Vereinigten Grossen Senate, so ist, wenn der erste Berichterstatter einem Zivilsenat angehört, als zweiter Berichterstatter ein Mitglied eines Strafsenats zu bestellen und umgekehrt.

(4) Die Berichte sind schriftlich zu erstatten. Eine Abschrift der Berichte und der Anträge des Oberbundesanwalts ist vor der Sitzung jedem Mitglied mitzuteilen, das zur Mitwirkung an der Entscheidung berufen ist. Der Oberbundesanwalt ist von der Sitzung rechtzeitig zu benachrichtigen.

(5) Über das Ergebnis der Beratung hat ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate eine Niederschrift aufzunehmen.

(6) Die Entscheidung des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate ergeht in Form eines Beschlusses mit Entscheidungsgründen; der Beschluss muss die Namen der Richter, die mitgewirkt haben, und den angenommenen Rechtssatz enthalten und ist von den Richtern zu unterzeichnen. Der Beschluss kann auch dahin lauten, dass die Entscheidung der Rechtsfragen mangels der Voraussetzungen der §§ 136, 137 GVG abgelehnt wird.